

Gesine Schwan

## Demokratische Identität in nachdiktatorischen Gesellschaften?

*Ergebnisse eines deutsch-französisch-polnischen Forschungsprojekts*

Politische Ideen verweisen seit der Antike darauf, dass politische Systeme nur dauerhaft sein können, wenn ihre Institutionen sich auf eine ihnen entsprechende politische Kultur stützen können. So braucht nach Montesquieu eine Despotie die Furcht der Menschen, die Monarchie ein besonderes Ehrgefühl, sich vor dem Monarchen hervorzutun, und die Republik die »Liebe zur Gleichheit«, um sich zu erhalten. Dieses Grundschema haben die Heroen der Politischen Kulturforschung Gabriel Almond und Sidney Verba in den 50er Jahren für ihre empirischen Untersuchungen ausdifferenziert.

Daraus ist eine umfangreiche quantitative Forschung entstanden, die jedoch die tiefer liegenden Schichten der Einstellungen und Motive eingeständenermaßen nicht erfasste. Einig war man sich aber in dieser Tradition zum einen darüber, dass Systemwechsel nicht von den Institutionen, sondern von den subjektiven Einstellungen der Menschen herrührten. Umgekehrt thematisierte die umfangreiche Transformationsforschung seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorrangig die institutionellen Erfordernisse der Demokratisierung, vor allem deswegen, weil die mentalen Veränderungen schwer zu erfassen sind und sehr lange dauern.

In einem deutsch-französisch-polnischen Forschungsteam richtete sich nun genau darauf unsere Frage: Wie entsteht eine demokratische politische Identität in einer Gesellschaft, wenn ihre Institutionen nach einer Diktatur demokratisiert worden sind? Unser Begriff *demokratische politische Identität* bezeichnet dabei die individuellen sowie kollektiven normativen Identifikationen, politischen Grundeinstellungen und dazu erforderlichen psychischen Dispositionen, die eine Demokratie am Leben halten.

### Identität

Identität ist bei Individuen wie in der Gesellschaft nicht »Selbigkeit«, die einfach besteht, sondern eine Leistung, die aufgebracht werden muss. Da wir uns als Individuen wie als Gesellschaften immerfort verändern, kann »Selbigkeit« nur dadurch entstehen, dass wir in der Erinnerung einen schlüssigen Zusammenhang unseres Lebensverlaufs herstellen, der dann unsere »beständige« Identität ausmacht. Schlüssig muss nicht heißen widerspruchsfrei. Individuen wie Gesellschaften bergen viele Widersprüche und Konflikte. Je mehr wir uns jedoch dessen bewusst sind und je mehr wir sie zu begründen oder zumindest zu berücksichti-

gen vermögen, desto schlüssiger ist unsere Identität. Je zerrissener, unbewusst widersprüchlich, damit auch unberechenbarer wir sind, desto schwächer ist sie. Zerrissenheit und ungeklärte Widersprüche bzw. »Löcher« entstehen in unserer Erinnerung vor allem dann, wenn Erlebnisse uns belasten, insbesondere, wenn sie unser Selbstwertgefühl beeinträchtigen. So haben wir die Neigung, schuldhaftes Verhalten, das unsere Selbstachtung besonders beschädigt, zu verdrängen bzw. im Unklaren zu lassen.

Dieses Problem besteht gerade in nachdiktatorischen Gesellschaften, weil die für Diktaturen typische Zentralisation von Macht zu Missbrauch und schuldhaftem Verhalten verleitet. Deshalb fällt eine aufrichtige Erinnerungsarbeit nach Diktaturen überaus schwer, ist aber zugleich besonders wichtig. Denn ohne sie kann eine verlässliche demokratische Identität von Individuen ohne »Löcher« nicht entstehen und damit auch nicht von Gesellschaften, deren Identität sich im Austausch von Individuen und Gruppen herausbildet. Wenn es gut geht, mündet der Austausch in die Identifikation mit einer gemeinsam interpretierten Vergangenheit, in der die verbindenden demokratischen Werte und Einstellungen zum Ausdruck kommen, welche die Gesellschaft zusammenhalten. Dafür stehen z.B. nationale Gedenktage.

### **Demokratische Werte, Einstellungen, psychische Dispositionen**

Inhaltlich und als Deutungsmaßstab für die Vergangenheit braucht eine politische Demokratie die Identifikation mit den seit der französischen Revolution weiterentwickelten Grundwerten der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Aus Gleichheit vor dem Recht hat sich im 19. und 20. Jahrhundert ein demokratisches Gerechtigkeitsverständnis entwickelt, das Gleichheit hinsichtlich der realen Chancen von Freiheit und von Teilhabe aller

Menschen an den Angelegenheiten des Gemeinwesens verlangt.

Zur demokratischen politischen Identität gehören darüber hinaus Einstellungen und psychische Dispositionen der Menschen, die ihnen nahe legen, die genannten Werte zu praktizieren: insbesondere Offenheit gegenüber den Mitmenschen, Verantwortungssinn, Toleranz, Zivilcourage, Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit und – sie alle tragend – Selbst- und Fremdvertrauen. Hinsichtlich der psychischen Dispositionen ist der Kern dessen ein solides Selbstwertgefühl, das z.B. die Bürger befähigt, Konflikte (die zu jeder Demokratie gehören) auszutragen und mit Blick auf gemeinverträgliche Kompromisse zu überwinden.

In unserem Forschungsprojekt, das Frankreich, Deutschland und Polen nach 1945 verglichen hat, richtete sich unsere Frage darauf, wie sich empirisch eine diktatorische politische Identität in eine demokratische verwandelt. Dabei war uns klar, dass »Diktatur« in den drei Ländern zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedliches bedeutete und dass die institutionellen Wandlungen zeitverschoben stattgefunden haben. Dennoch haben wir unter Annahme von zwei grundlegenden Faktoren auf drei Ebenen exemplarisch Verläufe beobachten können, die verallgemeinerbare Ergebnisse zumindest als heuristisches Muster für weitere Untersuchungen erbracht haben.

### **Grundlegende Faktoren**

Indiz für die demokratische politische Identität ist also eine verinnerlichte demokratische Vergangenheitsdeutung. Als die beiden wichtigsten Konstitutionsfaktoren vermuteten wir die Entstehung eines wirksamen institutionellen Pluralismus sowie die Abfolge der Generationen. Denn die *Pluralität von Institutionen* erlaubt und fördert eine Vielheit unterschiedlicher Vergangenheitsinterpretationen, wodurch die Möglichkeit unter-

schiedlicher früherer Handlungsoptionen und damit ihre Nicht-Determiniertheit zutage tritt. Das legt die Einsicht nahe, dass auch unter diktatorischen Bedingungen eine Wahl zwischen verschiedenen Optionen *de facto* stattgefunden hat und die Menschen dafür die Verantwortung tragen. Die Einsicht in die eigene Verantwortlichkeit aber gehört zum Kern der zuvor beschriebenen demokratischen politischen Kultur.

In der *Generationenabfolge*, insbesondere in potenziellen familiären Generationenkonflikten treffen sich Einflussfaktoren, die sich sowohl auf die Ausbildung von Persönlichkeitsmerkmalen auswirken, als auch auf die Veränderung von Vergangenheitsinterpretationen und von individuellen wie kollektiven Selbstbildern. Demnach wird der substanzielle Demokratisierungsschritt, der über rituelle, äußerliche Anpassung an neue Institutionen hinausgeht, am ehesten durch neue Generationen und Dissidentengruppen getan.

### **Drei Ebenen-Modell**

Schließlich haben wir die Entstehung demokratischer politischer Identität auf drei Ebenen untersucht: der Makro-, der Meso- und der Mikro-Ebene. Die Makro-Ebene bezieht sich auf repräsentative Institutionen und Akteure im öffentlichen Raum (Regierung, Parlament, Verwaltung), die Mikro-Ebene auf private, nicht von vornherein politische Institutionen bzw. Akteure (Familie, Individuen), und die Meso-Ebene auf freiwillige institutionelle Zusammenschlüsse in der Öffentlichkeit, die von der Mikro-Ebene her »alimentiert« werden und auf die Beeinflussung der repräsentativen Makro-Ebene zielen.

Konkret haben wir in den drei Ländern auf jeder Ebene je eine empirische Untersuchung durchgeführt.

Auf der Meso-Ebene wurde in Deutschland der sog. »Grünwalder Kreis« analysiert, der es sich in den 50er Jahren zur Aufgabe gemacht hat, in verschiedenen

gesellschaftlichen Teilbereichen gegen eine Renaissance von nationalsozialistischem Gedankengut anzugehen.

In Polen stand die katholische Laiengruppe ZNAK für die Aktivität in einem autoritären Regime mit pluralistischen Öffnungen. Beide Gruppen haben sich insbesondere mit den jeweiligen »Gründungsmythen« ihrer politischen Systeme und der perspektivischen Verengung von deren Blick auf die Vergangenheit auseinandergesetzt.

Für Frankreich richtete sich die Analyse auf eine Initiative, die das Verdienst von jüdischen und nicht-jüdischen Franzosen bei der Rettung jüdischer Kinder vor den Nationalsozialisten in die französische Erinnerung integrieren wollen.

Auf der Makro-Ebene ging es um den Vergleich der repräsentativen Erinnerung in den drei Ländern an den 8. Mai bzw. an das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Auf der Mikro-Ebene wurden schließlich jeweils zwei bzw. drei Familien in drei Generationen untersucht (für Deutschland gesondert nach Ost und West), um Zusammenhänge zwischen der innerfamiliären Kommunikation und der öffentlichen Thematisierung der Vergangenheit zu ermitteln.

### **Öffentliche Ebenen sind dynamischer**

Das komplizierte Zusammenspiel von Faktoren, die in Frankreich, Polen und Deutschland zum Wandel von individueller und kollektiver Erinnerung und damit von politischer Identität geführt haben, konnten wir auf den drei beschriebenen Ebenen exemplarisch verfolgen. Als zentrale Bedingungen und Faktoren haben sich in Wechselwirkung einerseits die Voraussetzung des institutionellen Pluralismus und die Abfolge der Generationen, und andererseits die aus freier Entscheidung geborenen Initiativen von Individuen und Gruppen vor allem auf der Meso-Ebene herausgestellt, die mit jeweiligen politischen und menschlichen

Loyalitäten (z.B. in Opferfamilien) zusammenhängen. Ihr kommt eine zentrale Bedeutung zu.

Der Unterschied zwischen der Entwicklung unter demokratisch-pluralistischen einerseits und unter diktatorischen Bedingungen andererseits ist vor allem auf den öffentlichen Ebenen (Makro, Meso) erkennbar. Die individuelle Erinnerung (Familien) wird vom institutionellen Rahmen nur indirekt beeinflusst, sie hängt vorrangig vom Kommunikationsstil in der Familie ab, der die Individuen für die Demokratisierung der öffentlichen Erinnerung öffnet oder diese gar nicht in die persönliche Sphäre eindringen lässt. Im öffentlichen Raum dagegen ist es die durch plurale Institutionen ermöglichte Gegenüberstellung unterschiedlicher Erinnerungen, die als wesentlicher Motor einer Demokratisierung der politischen Identität wirkt. Sie fordert die offiziellen Repräsentanten der Gesellschaft dazu heraus, einen gemeinsamen Maßstab für die Würdigung der unterschiedlichen Erinnerungen zu formulieren.

Allerdings vollzieht sich diese Dynamik nicht »automatisch«, sondern in Abhängigkeit von individuellen Initiativen auf allen Ebenen (insbesondere auf den beiden öffentlichen) und von der Einstellung der Repräsentanten. Deshalb verläuft sie auch nicht geradlinig oder notwendig in einer Richtung, sondern mit Rückschritten und Umwegen, und sie ist durchaus umkehrbar, zumal die öffentliche Demokratisierung die privaten Individuen nur in sehr unterschiedlichem Grade erreicht. Wenn trotzdem von einer Demokratisierung politischer Identität die Rede sein kann, dann in dem Sinne, dass sich in der Öffentlichkeit das Gewicht der demokratischen Interpretationen verstärkt. Dennoch: Sie bleibt eine dauernde Aufgabe.



Gesine Schwan (\*1943)  
ist Präsidentin der EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA in Frankfurt/Oder und Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen.  
[president@eu-frankfurt-o.de](mailto:president@eu-frankfurt-o.de)

Klaus Harpprecht

## Die Glosse: Vergesst Ségolène nicht ...

Ein seltsamer Herbst in Frankreich, milde Licht über den Horizonten, deren Konturen sich in den ersten Nebeln verlieren, im Süden nach einem brandtrockenen Sommer die Hoffnung auf einen kräftigen Wein. Das Land nimmt – wie üblich – die Pariser Erregungen gleichmütig (in Wahrheit eher gleichgültig) hin, auch den täglichen Tornado, der den neugekrönten Präsidenten dahin und dorthin wirbelt, von nervösen Energien getrieben, die eine Mehrheit der Bürger bestaunt, während eine schlechtgelaunte

Minderheit von »Neo-Bonapartismus« und »cäsaristischem Fieber« zu murmeln beginnt.

Das römische Signalwort entspricht einer überraschenden Renaissance antiker Begriffe. Noch vor den Wahlen trat eine Gruppe – zunächst anonymer – Sozialisten auf den Plan, die sich »Die Gracchen« nennen, aus nicht ganz ersichtlichen Gründen, denn es ist weder auf den ersten, noch auf den zweiten Blick zu erkennen, was das Bekenntnis dieses »Kollektivs der Köpfe« zu einer modernen Sozial-